

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adameiz

20. Dezember 1948

Blatt 1792

## Ziehung der 120. Wiener Armenlotterie

=====

Bei der am 18. Dezember im Neuen Wiener Rathaus stattgefundenen Ziehung der 120. Wiener Armenlotterie wurden nachstehende größere Treffer gezogen:

Der erste Haupttreffer S 50.000.- in Bargeld, Los Nr. 14.119.

Der zweite Haupttreffer, eine komplette Wohnungseinrichtung, Los. Nr. 303.435.

Den dritten Haupttreffer, eine Schlafzimmereinrichtung, Los Nr. 318.990, den vierten, ein Motorrad, das Los Nr. 42.842.

Weitere größere Treffer im Werte von 3.500, 2.000, 1.600, 1.200 und 1.000 Schilling gewannen die Lose Nr. 479.100, 297.885, 117.403, 147.757, 219.200, 77.927 und 188.136

## Preise für ungarische Fettgänse und Enten

=====

Der Verbraucherpreis für ungarische Fettgänse und Enten, unzerteilt, beträgt 27.50 S je kg. Zerteiltes Geflügel:

Junges	S 14.--	je kg
Leber	S 60.--	" "
Fett	S 56.--	" "
Fleisch	S 35.--	" "

## Die Bevölkerungsbewegung im November

=====

Nach dem vorläufigen Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden im November 1.259 Ehen geschlossen. Damit hat sich die Zahl der Eheschließungen gegenüber Oktober um 530 verringert. Die Zahl der Lebendgeborenen ist von 1.586 im Oktober

auf 1.178 im November zurückgegangen. Dagegen ist nach den vorläufigen Ergebnissen die Gesamtzahl der Sterbefälle, die mit 1.842 ausgewiesen wird, gegen Oktober (1843) unverändert geblieben.

Die Säuglingssterblichkeit ist von 63 je 1000 Lebendgeborenen im Oktober auf 55 im November zurückgegangen.

In der Reihung der Todesursachen stehen die Herzkrankheiten mit 446 Sterbefällen an erster Stelle; ihnen folgen 359 Krebssterbefälle, weiters 228 Todesfälle, die durch Gehirnblutung oder durch sonstige von den Gefäßen ausgehende Gehirnschäden verursacht wurden, und schließlich 133 Tuberkulosesterbefälle.

7 Personen wurden ermordet, 50 begingen Selbstmord, 93 sind verunglückt.

Der Stand der Wiener Bevölkerung hat nach den Angaben der Kartenstellen am 21. November 1,745.066 Personen gegenüber 1,723.868 Personen am 23. November des vergangenen Jahres betragen.

Die Budget-Debatte im Wiener Gemeinderat  
=====

Der Wiener Gemeinderat setzte heute vormittag unter dem Vorsitz des Bürgermeister Dr.h.c. Körner die Spezialdebatte über den Voranschlag 1949 fort.

GR. Steinhardt sprach als erster Redner zum Hauptstück III, Kultur und Volksbildung, über das am Samstag der vergangenen Woche Stadtrat Dr. Matejka den Bericht erstattet hatte. In den dreieinhalb Jahren seitdem Wien seine Freiheit bekommen hat, so führte er aus, wurde auf dem Gebiete der Kultur und Volksaufklärung Entscheidendes getan. Er erinnert an die bereits im Jahre 1945 zur Inaugurierung der neuen Kunstepoche Wiens begonnenen Bestrebungen, die Kunst der Gesamtheit der Wiener Bevölkerung zugänglich zu machen. Der Amtsführende Stadtrat hat sich dieser großen neuen Aufgabe würdig erwiesen und unter großen Schwierigkeiten gezeigt, daß man durch Energie und Aufgeschlossenheit auch in kritischen Zeiten der Kunst das geben kann, was sie braucht. Mangel an Geld, Material, Menschen und einer gut funktionierenden Verwaltung waren die Schwierigkeiten, die die Arbeiten auf diesem Gebiet erfuhren.

Seither ist in allen Abteilungen dieser Verwaltungsgruppe ein Fortschritt zu verzeichnen. Redner erinnert vor allen an das Gebiet der Kunst, des Sports und an die zahlreichen Ausstellungen, die seit zwei Jahren die Verbindung Wiens mit dem Auslande hergestellt haben, so die Ausstellung "Niemals vergessen", die wahrlich eines der besten Zeugnisse für die neue Form von Organisation und Propaganda gewesen ist und die Ausstellung "Wien 1948". Wir haben gezeigt, daß wir ein sehr großes Herz für Kunstausstellungen jeder Art haben, und haben Ausstellungen von Surrealisten bis zu wirklichen Malern veranstaltet. (Heiterkeit!) Wir müssen die Kunst modernen Ansichten entsprechend gestalten und demokratisieren, das heißt der gesamten Bevölkerung zugänglich machen. Es muß jeder, auch von den äußersten Grenzen Wiens, auf kurzem Wege und mit einem geringen Aufwand von Geld die Möglichkeit zum Besuch von Kunstanstalten haben. Die "Scala" hat als erste Bühne eine Theatergemeinde geschaffen, dann auch das "Volks-theater" und "Die Insel". Redner verwahrt sich gegen die Monopolbestrebungen des "Volks-theaters" hinsichtlich dieser Theatergemeinden und ersucht den Amtsführenden Stadtrat, diesbezüglich seinen Einfluß geltend zu machen.

Bei den Städtischen Büchereien regt er die Ausscheidung wertloser Literatur, insbesondere von Jugendliteratur an, auch wenn allenfalls 40 Prozent entfernt werden müßten. Allerdings sei der mit 125.000 Schilling vorgesehene Betrag zur Anschaffung neuer Bücher zu gering. Eine direkte Fühlungnahme mit den Buchverlegern unter Umgehung des Buchhandels würde eine Ersparnis von vielen tausenden Schilling bringen.

Auf den Vorwurf marxistischen Terrors in den Bibliotheken eingehend, erklärt Redner: Wir haben in der Gemeinderätin Hiltl eine neue Jeanne d'arc in der ÖVP, die mit der lodernden Flamme des Antimarxismus gegen den Terror des Marxismus ankämpft, um den präsumtiven König, an der Hand führend, diesen bei der Eroberung Wiens auf den Thron zu setzen. (Lebhafte Heiterkeit). Redner verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf des marxistischen Terrors vor dem keine Rede sein könne. Er erinnert an die Zeit, als von 1934 - 1938 und nachher durch den braunen Terror Arbeiterbibliotheken zerstört wurden.

Das Amt für Kultur- und Volksbildung soll seine Aufgabe auch darin sehen, eine objektive Berichterstattung über die Vorgänge in unserer Umwelt zu gewährleisten. Diese Berichte sollen vor allem wahrheitsgemäß sein und nicht nur von den Fehlern der anderen sprechen, die Volksbildung soll dazu beitragen, in die politische Argumentation Sauberkeit zu bringen.

Der Stadtrat für Kultur möge ferner versuchen, darauf Einfluß zu gewinnen, daß in Wien tatsächlich nur gute Filme zur Aufführung gelangen. Bei der Kreditgewährung für österreichische Filme soll den Vertretern der Gemeinde Wien jeweils das Sujet des Films vorgelegt werden, damit sie beurteilen können, ob mit diesem Film tatsächlich ein Beitrag zur österreichischen Kultur geleistet, und damit das Geld nicht ständig für minderwertige Dreharbeiten hinausgeworfen wird.

Den auf ein Gesetz aus dem Jahre 1935 zurückgehenden Filmbeirat bezeichnet der Redner als eine unglückliche Institution. Er selbst sei Mitglied dieses Beirates, habe bisher aber noch nie Gelegenheit gehabt, an einer Filmprüfung teilzunehmen. Das Amt für Kultur und Volksbildung solle auf dem Weg über die Landesbehörden beim Bund verlangen, daß dieses Gesetz so geändert wird, daß dieser Beirat tatsächlich verantwortliche Arbeit leisten kann.

Der Stadtrat für Kultur und Volksbildung soll energisch dagegen einschreiten, dass so üble politische Schmutzliteraten wie zum Beispiel der nazistische Literaturhistoriker Nadler seit Kriegsende schon wieder zwei Werke veröffentlichen konnte. Der Redner setzt sich für die Rückgabe der weltbekannten Wirtschaftsstatistik an das Otto Neurath-Institut ein, da diese Sammlung seinerzeit der Gemeinde Wien entzogen und dem berücksichtigten Heimwehrmajor Trauteneck übergeben wurde, der heute noch im Besitz dieser Unterlagen ist.

Abschliessend erklärte er, die kommunistische Fraktion sei mit der Arbeitsführung des Amtes für Kultur und Volksbildung einverstanden und werde für die Annahme seines Budgets stimmen.

Als nächster Redner ergriff GR.Dr. Trautzl (ÖVP) das Wort. Er stellte eingangs fest, dass sich die Budgetposten für Kultur- und Volksbildung immer in einem bescheidenen Ausmass halten, gab aber zu bedenken, dass die Einnahmen aus dieser Geschäftsgruppe durch die Vergnügungssteuer Millionengewinne einbringen. Es erscheint untragbar, dass viele Fragen der Kultur und Volksbildung nicht durchgeführt werden können, weil es an entsprechenden Geldmitteln fehlt.

GR.Dr. Trautzl führte als Beispiel die Denkmalpflege an. Er bemerkte, dass es eine traurige Tatsache sei, dass eine Anzahl Denkmäler dem Verfall nahe sind, und verlangte, dass die Gemeinde grössere Summen als bisher ausgibt, um wenigstens einen Teil dieser Denkmäler für die Stadt Wien zu retten.

Der Redner kam auch auf das Musikleben unserer Stadt zu sprechen und stellte fest, dass das musikalische Verständnis der Stadt ausserordentlich gesunken ist. Er führte diese Tatsache besonders auf Rundfunk und Schallplatte zurück. Unsere Jugend ist heute nur selten gewillt selbst ein Instrument zu lernen. Während im Jahre 1913 in einer 6. Mittelschulklasse von 41 Schülern 37 ein Instrument spielten, waren es 1929 von 36 Schülern nur mehr 17 und 1947 von 31 Schülern nur mehr 3, die ein Instrument lernten. Bei solchen Zuständen ist es kein Wunder, wenn die Konzertsäle veröden und die Hausmusik zum grössten Teil aufgehört hat.

Hier könnten die städtischen Musiklehranstalten eingreifen.

Die gleiche Stagnation wirkt sich auch auf dem Gebiet der bildenden Künste aus. Hier trifft jedoch ein Teil der Schuld auch die bildenden Künstler selbst, von denen manche die Bindung mit dem Volk verloren haben.

Der Redner verwahrte sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen dagegen, daß gewisse untergeordnete Stellen der Geschäftsgruppe für Kultur und Volksbildung selbstherrlich entscheiden und forderte eine sachliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Er sprach sich auch dafür aus, daß Ehrenpensionen nur an wirklich bedeutende Personen verliehen werden, dann aber in einem höheren Ausmaß. Auch in der Frage der Ehrengräber regte GR. Dr. Trauzl eine neue Regelung an.

Zum Schluß gab der Redner im allgemeinen der Amtsführung des Stadtrates für Kultur und Volksbildung und dem Voranschlag für das Jahr 1949 seine Zustimmung. An den Amtsführenden Stadtrat richtete er jedoch das Ersuchen, die verschiedenen gegebenen Anregerungen in Betracht zu ziehen und durchführen zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Leibetseder (SPÖ) stellte zwar mit Befriedigung fest, daß der Ausgabenetat der Verwaltungsgruppe III im kommenden Arbeitsjahr eine Erhöhung erfahren wird, diese aber zu bescheiden sei. Schon die Bemessungsgrundlage aus dem Jahre 1948 sei zu sparsam gewesen. Es ist aber verständlich, daß in Zeiten der Not, in denen es am Lebensnotwendigsten fehlt, die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung den Vorrang genießen müssen. Meine Partei ist aber auch der Überzeugung und der Meinung, daß mit dem materiellen Wiederaufbau dieser Stadt der geistige und kulturelle Wiederaufbau Schritt halten muß. Die Bemühungen der Verwaltungsgruppe für Kultur und Volksbildung scheitern jedoch an den außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten.

Der Redner hob hervor, daß sich für den kulturellen Wiederaufbau besonders die Gesellschaft der Bildungsfreunde als die Dachorganisation über das gesamte Volksbildungswesen der Stadt Wien als außerordentlich nützlich erwiesen habe. Die Subventionen, die über die Bildungsfreunde den Volksbildungshäusern und Volkshochschulen zugewendet werden, haben eine Erhöhung von 240.000 auf 300.000 Schilling erfahren.

Diese für die Volksbildung wichtigen Institute der Stadt Wien sind durch das Lohn- und Gehaltsabkommen 1948 in arge Bedrängnis geraten. Allein das Volksbildungshaus Wiener Urania hat als Folge der 6%igen Lohn- und Gehaltsregelung Mehrlasten von 52.000 Schilling zu tragen.

Die zunehmende Zahl der abgehaltenen Kurse - von 654 auf 871 im kommenden Winter - und die steigende Zuhörerzahl - von 14.000 auf 19.416 - beweisen, dass die Institute in aufsteigender Entwicklung begriffen sind.

Eine weitere tragende Säule der Wiener Volksbildung sind die Städtischen Büchereien. In diesem Zusammenhang bemerkte der Redner, dass diese heute noch die seinerzeitige Einrichtung der Sozialdemokratischen Arbeiterbüchereien zur Grundlage haben. Diese vor 1934 von dem grossen Arbeiterbildner Josef Luitpold Stern eingerichteten Büchereien verfügten über 80 Zweigstellen. Nach der Enteignung wurden sie von der Gemeinde Wien übernommen, ihre Zahl auf 53, und in der Nazizeit wurden sie auf 23 eingeschränkt. Heute haben die Städtischen Büchereien bereits wieder 46 Zweigstellen mit einem Bücherstand von 195.000 Exemplaren und 1,100.000 Entlehnungen.

GR. Leibetseder dankte an dieser Stelle den vielen beamteten und freiwilligen Mitarbeitern, die am Wiederaufbau des Wiener Volksbildungswesens mitgeholfen haben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Redner gab seinem Bedauern Ausdruck, dass in das Gebiet des Volksbildungswesens politische Gegensätze, die bisher ferngehalten werden konnten, hineingetragen wurden. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass es sich um eine einmalige Entgleisung handle. Der Vorwurf, dass die Leitung und Führung der städtischen Büchereien unter marxistischem Druck stehe, widerlegte GR. Leibetseder mit dem Hinweis, dass unter 4.500 Neuanschaffungen 1200 Werke bürgerlicher, liberalistischer oder christlicher Weltanschauung seien.

Bezüglich der Erhaltung gefährdeter Kulturdenkmäler und der Verleihung von Ehrenpensionen schloss sich der Redner der Auffassung an, dass diese Sache des ganzen Landes wären. Die Stadt Wien ehrt viele Künstler, deren Ruf weit über die Grenzen Österreichs hinausgeht. Die Österreichische Volkspartei solle nun ihren ganzen Einfluss dahin geltend machen, dass sich das Unterrichtsministerium in stärkerer Masse als bisher der notleidenden Künstler annimmt.

Ein Teil der Denkmalpflege solle ebenfalls vom Bundesdenkmalamt übernommen werden. Eine Revision des Denkmalschutzgesetzes wäre dringend notwendig.

Über den österreichischen Film bemerkte der Redner, daß bisher getrachtet wurde, mit möglichst wenig Mittel einen großen Kassenerfolg zu erzielen. Gerade dem Film kommt aber die Aufgabe zu, als volksbildnerisches Mittel im Rahmen eines Unterhaltungsfilmes ein aktuelles Zeitproblem in künstlerisch hochwertiger Form dem Publikum nahezubringen. Der Redner begrüßte die Kreditaktion der Gemeinde Wien zur Stützung jener, die künstlerisch wertvolle Filme herstellen und hofft, daß eine solche auch durch den Bund zustandekommen wird.

Zum Schluß gab der Redner seiner Hoffnung Ausdruck, daß die demokratische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung noch mehr ausgebaut werde, damit Wien wieder zu einer Heimstätte der Kunst und internationalen Kultur werde. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Amtsführender Stadtrat Dr. Matejka meint in seinem Schlußwort, die Reden in der Debatte hätten gezeigt, daß es in so vielen Fragen dieser Verwaltungsgruppe eine Übereinstimmung der drei Parteien gäbe, so daß die Differenzen eigentlich sekundär sein könnten, wenn man sich nur entschließen wollte, diese gemeinsamen Fragen beschleunigt zu behandeln.

Auf die in der Debatte vorgebrachten Fragen und Anregungen eingehend, greift der Berichterstatter insbesondere das Theater heraus. Es war das ununterbrochene Bemühen der Stadt Wien, die Erkenntnis wachzurufen, daß die Theater nur dann vor einer Krise bewahrt werden können, wenn sie sich rechtzeitig bemühen, neue Formen zu gehen und sich Publikumsorganisationen zu schaffen. Solche wurden jedoch erst in den Zeiten der Krise geschaffen. Dies ist ein ungesundes Prinzip, gegen das man sich stellen muß. Daß einzelne Veranstalter von Konzerten ein volles Haus erzielen konnten, sei vor allem darauf zurückzuführen, daß sie ihr Publikum sozusagen systematisch erziehen.



20. Dezember 1948

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1800

In den letzten Jahrzehnten sind auf diesem Gebiete große Versäumnisse zu verzeichnen. Es sei eine Kurzsichtigkeit, zu glauben, daß wir erst durch Faschismus und Krieg auf geistigem Gebiet in eine solche Not geraten sind. Hier handelt es sich um auf Jahrzehnte zurückgehende Sünden unserer Väter und Vorväter. Redner verweist im einzelnen auf das vollkommene Versagen bei der Auswertung der Technik für die Kultur, z.B. bei der Instrumentenbeschaffung. Es sei ein großer Irrtum, zu glauben, wir brauchen bloß an unsere kulturelle Tradition von einst anzuknüpfen, und schon wäre vieles gemacht.

Zu der Frage, warum man sich nur um Ausstellungen in den Oststaaten, nicht aber in den Weststaaten bemüht habe, bezeichnet er als einen Grund, daß man bei der ersten Ausstellung nach dem Kriege in Zürich und auch in anderen Hauptstädten westlicher Länder Werke lebender Künstler nicht durchsetzen konnte. Allerdings sei es auch anderen Organisationen, so zum Beispiel der Berufsvereinigung bildender Künstler, nicht gelungen, in den letzten drei Jahren österreichische Kunstausstellungen nach dem Westen zu bringen.

Der Amtsführende Stadtrat schließt mit dem Appell: "Hören wir endlich einmal auf, mit dem kleinlichen Zahlenstreit in der Kunst und Volksbildung! Auf dem Gebiete der Kultur und Volksbildung gilt es, endlich einmal nach neuen Wegen zu suchen, die auch auf vielen anderen Gebieten schon da und dort mit Erfolg beschritten worden sind!"

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des III. Hauptstückes angenommen.

Den Bericht über die Verwaltungsgruppe IV erstattet Amtsführender StR. Dr. Freund. Er betont, daß - wie schon der Finanzreferent hervorgehoben hat - in der wirtschaftlichen Lage Österreichs eine Entspannung eingetreten sei, die aber auf dem Sektor des Fürsorgewesens leider nicht festzustellen ist. In unserer Bevölkerungspyramide nehmen die Alten und die Jüngsten einen besonders breiten Raum ein. Wie in ganz Europa, so ist auch unser Volk ein Volk von Greisen geworden, aber auch die Geburtenfreudigkeit unserer Frauen hält unverändert an, ein erfreuliches Zeichen für den Lebenswillen unserer Bevölkerung und insbesondere ein Ehrenblatt für die Frauen Wiens, die hier in besonders schwierigen Verhältnissen ihrer Mutterpflicht Genüge tun. Viele Alte und viele Kinder bedeuten aber viel Fürsorge.

Die Fürsorge wird aber nicht zuletzt auch dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß schon wieder viel mehr Dinge zu haben sind, die zum notwendigsten Lebensbedarf zählen, die nun natürlich auch von den Befürsorgten verlangt werden. Dies trifft die öffentliche Fürsorge geldmäßig um so empfindlicher, als im letzten Jahre die bis dahin wirklich gigantischen ausländischen Spenden versiegt sind.

Inzwischen wurden aber auch die kleinen geldlichen Rücklagen, die sich viele an der Grenze der Fürsorge stehende Leute zurückgelegt hatten, teils aufgezehrt, teils durch das Währungsschutzgesetz abgeschöpft. Diese Leute können nun nicht mehr weiter und kommen gleichfalls zur Fürsorge. Daraus erklärt sich der langsame, aber stetige Anstieg der Befürsorgten auch in einer Zeit, wo es in unserem Lande anscheinend aufwärts geht.

Die Erhöhung der Fürsorgeleistungen ist aber auch auf die eingetretene Teuerung zurückzuführen. Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat den Gesamtindex der Lebenshaltung für den Jänner 1948 mit 305.5 und für November 1948 mit 365.7 bezeichnet.

Die Arbeit des Fürsorgereferates wurde dadurch wesentlich erleichtert, dass es in diesen Fragen - dies soll mit besonderer Genugtuung verzeichnet werden - keine Opposition, sondern nur eine eintrachtige und leidenschaftslose Behandlung gibt. Alle Anträge im Fürsorgeausschuss des Gemeinderates haben bisher die einstimmige Billigung aller Ausschussmitglieder gefunden.

Die Mittel, die für das Wohlfahrtswesen bereitgestellt wurden, sind recht beträchtlich, sowohl für das Fürsorgewesen als auch das Gesundheitswesen werden je 16 Prozent der Gesamtausgaben aufgewendet werden. Bei Gesamtausgaben von 181.8 Millionen und bei Gesamteinnahmen von 49.5 Millionen beträgt der normale Aufwand für das Wohlfahrtswesen im weiteren Sinne 132.3 Millionen Schilling.

Wir haben gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 35 Millionen Schilling zu verzeichnen, von denen jedoch 11 Millionen Schilling für die betriebsmässige Verrechnung der Kindergärten abzurechnen sind, ferner 12 Millionen, die auf die Aufnahme in Heil- und Pflegeanstalten entfallen, so dass der tatsächliche Mehraufwand im Fürsorgewesen etwa 12 Millionen Schilling beträgt. Bedauerlicherweise werden wir also im Jahre 1949 nicht zu wesentlichen Verbesserungen des Fürsorgewesens kommen und es werden berechtigte Wünsche der Befürsorgten nicht erfüllt werden können. Auch die Kindergärten werden im Jahre 1949 nicht so blühen, wie wir es wünschten. Hier muss aber mit berechtigter Befriedigung darauf hingewiesen werden, dass es gelungen ist, für den städtischen Wohnhausbau, der doch die erste und wichtigste soziale Fürsorgemassnahme ist, Mehraufwendungen zu erzielen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten).

Wenn in der Spezialdebatte mit Recht eine Vergrösserung einzelner Budgetposten verlangt werden wird, so sollen die Antragsteller bedenken, dass es das höchste Gebot ist, für diese Mehrforderungen im speziellen Falle dem Finanzreferenten die dazugehörige Bedeckung sagen zu können. (Zustimmung bei den Parteigenossen).

Der Referent bespricht nun die Leistungen seines Ressorts im ablaufenden Jahre, betont aber, dass er nur die interessantesten Zahlen zur Kenntnis des Gemeinderates bringen könne.

Das Jugendamt der Gemeinde Wien ist zentral geleitet und hat 18 Außenstellen, dazu eine Außenstelle in Jennersdorf im Burgenland, wo viele Wiener Pflegekinder untergebracht sind. Wir haben derzeit 79 Mutterberatungsstellen - 1934 waren es nur 35 -, ferner eine behelfsmäßige fahrbare Mutterberatungsstelle für die Außenbezirke Wiens. Diese Zahl bedeutet ein Maximum. Mit einer Verbesserung des Verkehrswesens sollen die Mutterberatungsstellen in ihrer Zahl eingeschränkt, in der Güte jedoch verbessert werden. In Wien gibt es 5 Schwangeren-Beratungsstellen und jeweils 4 in ununterbrochener Reihe geführte Mütterschulungskurse.

Die Zahl der Mündel ist seit 1947 in stetigem Ansteigen. Im Vorjahr waren es noch 23.000, 1948 wurden 25.467 Mündel von den Sprengelfürsorgerinnen in 256 Sprengeln betreut. Hauptsächlich handelt es sich um aussereheliche Kinder, nur 112 von ihnen sind ehelicher Geburt. Für diese Mündel führt die Gemeinde 1662 Prozesse, davon 1622 Vaterschaftsprozesse zur Erkämpfung der Alimentation. Der alte Adam hat sich nicht geändert, zahlen will er noch immer nicht. (Heiterkeit.)

Die für die Ernährungsbeihilfen vom Finanzreferenten dem Nationalrat zeitgerecht vorgeschlagene Legalzession wurde leider abgelehnt, so daß die Magistratsabteilung 13 eine riesige Mehrarbeit bei der Eintreibung dieser Gelder zu bewältigen hat.

Pflegekinder haben wir derzeit 5.600, das sind um 270 mehr als im Vorjahr.

Stadtrat Dr. Freund gab sodann seiner Überzeugung Ausdruck, daß eine mittelmäßige Pflege innerhalb des Familienkreises besser ist als die beste Anstaltspflege. Aus diesem Grund wurden auch die Pflegegelder ab 1. Juli erhöht. Leider gelang es aber nicht, diese Erhöhung auch für Niederösterreich und die an Niederösterreich zurückfallenden Randgemeinden durchzuführen. Gerade diese Gebiete haben aber gerne Wiener Kinder in Pflege genommen. So gibt es noch immer zu wenig Pflegekinder.

Der Redner gab auch einen Überblick über die sogenannten "Armeekinder", deren Zahl 1539 beträgt. Davon entfallen 592 auf russische Väter, 571 auf amerikanische, 273 auf englische und der Rest auf französische Väter.

Die Zunahme beträgt im Jahr 1947 611, im Jahr 1948 bis Oktober 193. Es scheint also, daß die ausländischen Soldaten für die Wiener Mädchen nicht mehr so interessant sind. Der Wiener kehrt zur "Jonny" zurück und die Grete zum Hans. (Heiterkeit)

Dann kam der Redner auf die Kindergärten und Horte zu sprechen. Die Gemeinde Wien hat sich bemüht, die Kindergärten auszugestalten, neue zu bauen, und die Betreuung der Kinder modern und reinlich zu gestalten. Der Aufenthalt kostet 9.10 S pro Woche mit voller Verpflegung. In einer Gruppe sind nicht mehr als 30 Kinder, in den Krabbelstuben höchstens 20 bis 24, und in den Krippen höchstens 14 Säuglinge, die von zwei Säuglingspflegerinnen und zwei Wärterinnen betreut werden. 20 Prozent sind Freiplätze und 20 Prozent Halbfreiplätze. Während es 1935 342 Kindergartenabteilungen mit 11.000 eingeschriebenen Kindern gab, werden es Ende 1948 408 Kindergärten mit ungefähr 11.500 Kindern sein. Im kommenden Jahr soll diese Zahl auf 12.500 steigen. Dazu muß noch gesagt werden, daß damals die Kinder nur bis zum Mittag bleiben konnten, während sie heute den ganzen Tag über Aufenthalt finden. (Beifall bei der SPÖ). Dem gegenüber steht aber die Tatsache, daß heute 35.000 Kinder mehr als in den Jahren 1937 und 1938 im kindergartenfähigen Alter stehen. Es müssen also neue Kindergärten gebaut werden. Die Leistung der Gemeinde auf diesem Gebiet ist sehr groß. Ein Kind kostet der Gemeindeverwaltung ohne der Berechnung des Bauaufwandes zusätzlich 1000 Schilling im Jahr, das sind also ungefähr 3 Schilling im Tag. Im neuen Jahr hofft die Gemeindeverwaltung 33 Kindergärten, 2 Krippen, 7 Krabbelstuben und 4 Horte eröffnen zu können. Für die Kinder ist aber nicht nur in den Kindergärten gesorgt. Es gibt daneben auch Tageserholungsstätten am Girzenberg, in Hütteldorf und eine Tagesheimschule im 16. Bezirk.

Zum Problem der Verwahrlostenerziehung bemerkte der Redner, daß diese Frage noch immer dringend sei und daß man neue Wege gehen müsse. Auch hier ist aber Vorsorge besser als Einsperren.

Dann sprach Stadtrat Dr. Freund über die Ausspeisungen. Die laufende Schulausspeisung wird jetzt von der UNICEF dotiert, zeigt aber eine rückläufige Bewegung, deren Ursachen vielleicht in finanziellen Gründen und in der Tatsache, dass sich die Ernährungsverhältnisse gebessert haben, liegen. Leider können nur 8 Prozent Freiplätze im kommenden Jahr gewährt werden. Zur Zeit wird auch noch die Schwedenausspeisung geführt, für deren Herstellung und den Transport die Gemeinde Wien 10 Millionen Schilling ausgibt. Durch die Schwangeren - Milch- und Fettaktion wurden 37.578 Pakete ausgegeben. Daneben besteht schon seit Jahren die amerikanische Schwangerenausspeisung.

Die Versorgung der Neugeborenen mit Wäschepaketen hat dank des Entkommens des Finanzreferenten eine Erhöhung erfahren. Bis November 1948 wurden 4.350 Pakete ausgegeben. Es wird aber möglich sein, im Jahre 1949 pro Monat 500 komplette Säuglingswäschepakete kostenlos abzugeben. (Beifall bei den Parteigenossen). Dadurch können zumindest die wirklich bedürftigen Mütter von der grossen Sorge der Bekleidung des Neugeborenen befreit werden.

Trotz teilweisen Versiegens der ausländischen Spenden wurden bis Oktober 1948 136.500 Stück Textilien und 3.400 Paar neue Schuhe ausgegeben. In der Verteilung von Schuhen ist aber leider ein Rückgang zu verzeichnen.

Ein schwieriges Problem wird im nächsten Jahr die Bekleidung der 5.600 Pflegekinder der Stadt Wien sein. Wenn sie nur jedes zweite Jahr mit Wäsche, Schuhe, Anzug und jedes vierte Jahr mit einem Mantel beteiligt werden, kostet dies im Jahr mindestens 800.000 Schilling.

Eine grosse Erleichterung brachten uns die von den Schweden eingerichteten Schuhreparaturwerkstätten, die mit Hilfe von sogenannten Leichtdienstlern geführt werden.

Die Paketaktionen werden nur mehr von der Schweiz und von der holländischen und schwedischen Patenschaft weitergeführt. Es wurden bisher 100.000 grosse Lebensmittelpakete ausgegeben.

Durch die Kindererholung, die zusammen mit dem Wijug betrieben wird, wurden 36.000 Kinder aufs Land verschickt, davon 10.000 Kinder auf Kosten der Stadt Wien. Bei 254.000 Jugendlichen bis 18 Jahren ist dies allerdings bloß ein Siebentel. Es müßte getrachtet werden, durch eine Erhöhung der Kinderverschickung die Erkrankung an Tuberkulose zu verhindern. Dies geschieht am besten durch Lebertran, Sonne und frischer Luft. Lebertran ist in ausreichenden Mengen, Sonne und Luft aber nur für ein Siebentel der Kinder und Jugendlichen vorhanden. Die Gemeinde wird für Kindererholung im kommenden Jahr zwar 2,700.000 Schilling plus 500.000 Schilling welche sie als Subvention für das Wiener Jugendhilfswerk erhält, ausgeben, doch wird es wahrscheinlich nicht möglich sein so wie im Vorjahr 10.000 Kinder sondern nur 7.000 Kinder zu verschicken.

Eine erfreuliche Entwicklung zeigt das Stipendienwesen. Es wurden 900.000 Schilling freigegeben, die allerdings nicht nur für Hochschüler sondern auch für Mittel- und Fachschüler verwendet werden. Diese mit Stipendien bedachten Kinder werden es also nicht notwendig haben in den Hilfsarbeiterstand abzugleiten, sondern sie werden zu vollwertigen Fachkräften ohne Belastung der Eltern ausgebildet werden können.

Der Referent gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein wird, die Kindergärtnerinnen- und Fürsorgerinnenschule weiter zu erhalten. Diese sind in modernster Weise geführt und führen dem Wohlfahrtswesen jene richtig ausgebildeten Fachkräfte zu, welcher<sup>es</sup> dringend bedarf.

Es wird immer sehr viel von der Gleichberechtigung der Frauen gesprochen. Gerade in den drei, den Frauen besonders vorbehaltenen Berufen, wie Krankenpflegerinnen, Kindergärtnerinnen und Fürsorgerinnen ist davon nicht viel zu bemerken. Der Referent verlangte, daß man diesen Frauen dieselben Entwicklungs- und Aufsteigsmöglichkeiten bieten solle, wie den männlichen Beamten in der Verwaltung. (Lebhafter Beifall.)

StR. Dr. Freund sprach dann über die Wohlfahrt für die Erwachsenen und betonte, daß hierfür nur speziell geschulte Beamte in Frage kommen. "Der beste Beamte ist für das Fürsorgewesen gerade gut genug", sagte StR. Dr. Freund. Der Leiter der Magistratsabteilung 12 versuche durch Schulungskurse und Lehrgänge die Beamten in sämtliche Fächer dieses wirklich großen Wissensgebietes einzuführen.

Auf das Problem der Fürsorgerenten eingehend, erwähnte der Referent die Angleichung derselben an das letzte Lohn- und Preisübereinkommen. Es sei nicht zutreffend, daß man mit 107 Schilling verhungern müsse. Dieser Betrag sei genau errechnet worden und diene zum Einkauf der aufgerufenen Lebensmittel, zur Bezahlung der Gasrechnung und sei ein Zuschuß zur Anschaffung von Kohle für eventuell vorhandene Herdfeuerung. Größere Reparaturen und die Anschaffung von Kleidungsstücken müssen allerdings aus Sondermitteln bestritten werden. Mit den jetzigen Fürsorgerichtsätzen sei Wien noch immer führend in ganz Österreich.

Bei Besprechung der verschiedenen Fürsorgeaktionen, so z.B. der Ausspeisungsaktion "Helft unseren Alten" u.ä. spricht der Berichterstatter den besonderen Dank den amerikanischen Quäkern und den Mennoiten für ihre den Tuberkulosekranken gewährte Hilfe aus. (Lebhafter Beifall). Desgleichen vor allem den Stadträten Jonas, Sigmund und Afritsch für ihr allen Aktionen entgegengebrachtes Verständnis. Er bespricht im einzelnen Fragen der Wohlfahrtspflege, der Wochenfürsorge und der Hauskrankenpflege und lenkt bei letzterer die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit, über die Gemeinde Wien diplomierte ältere Schwestern für die Hauspflege zu bekommen. Bei den Altersheimen, in die bis November 3400 Fälle eingeliefert wurden, besteht derzeit kein Bettenmangel. Die Fürsorgekommissionen arbeiten jedoch noch immer nicht zufriedenstellend. In ihren Fürsorgeaufgaben muß die Stadt Wien insbesondere auch von den Angehörigen der Befürsorgten unterstützt werden.

Im Zusammenhang mit der Sammeltätigkeit der Gemeinde Wien erhebt der Redner entschieden Protest dagegen, daß die Sammelerträge vom Finanzminister wie sonstige Gelder der Gemeinde Wien abgeschöpft werden.



In der Obdachlosenfürsorge wurden in der Zeit vom Beginn des Jahres 1948 bis zum 15. Oktober 580.000 Verpflegstage mit einem Gesamtaufwand von 2,600.000 Schilling gewährt. Ein weiteres Ansteigen der Obdachlosenfürsorgetätigkeit ist dadurch zu gewärtigen, dass zahlreiche Emigranten, angelockt von dem Aufstieg Österreichs, wieder in die Heimat zurückkommen.

In der wirtschaftlichen Tuberkulosenhilfe ist viel geschehen. In den ersten 9 Monaten des Jahres wurden 7.795 Tuberkuloseerkrankte, mit hilfsbedürftigen Familienmitgliedern zusammen 14.500 Personen, mit einem Kostenaufwand von 1,109.000 Schilling betreut. Der Monatsdurchschnitt der Kosten beträgt 123.000 Schilling. Die Heilstättenbewegung ist im Zunehmen. Für die ersten 9 Monate ergibt sich ein Verpflegsstand von 1.241 Patienten mit 64.848 Verpflegstagen. Die Kosten betragen 650.000 Schilling. Der Gesamtaufwand für Tuberkulosekranke betrug in den ersten 9 Monaten 1,750.000 Schilling.

In der Fürsorge für die politischen Opfer wurden in den ersten 9 Monaten 932 Amtsbescheinigungen und 3.664 Opferausweise ausgegeben. Am 25. Februar wurde die Rentenkommission konstituiert. Unserem Versprechen gemäss werden bis zu Weihnachten alle Anträge auf Rentengewährung aufgearbeitet sein.

In städtischen Lagern sind 3.700 Flüchtlinge, in Unternehmerlagern 5.000 Flüchtlinge untergebracht. Unsere Fürsorge ist kein Bettelersatz, schliesst der Berichterstatter, sie ist uns eine anerkannte sittliche Notwendigkeit, deren wissenschaftliche Fundamente auszubauen wir bestrebt sind. Den einen von uns ist sie infolge der sozialistischen Moral und tiefen Verbundenheit mit dem leidenden Bruder Mensch eine selbstverständliche Pflicht, die anderen unter... werden von ihrem christlichen Ethos zu genau der gleichen Erkenntnis geführt. Zu dem Wort von den unproduktiven Fürsorgeausgaben erklärt Redner: Es lässt sich praktisch gar nicht abschätzen, ob die im Moment konsumptiv erscheinenden Ausgaben in ihrer Auswirkung für die Zukunft nicht für den gesamten Sozialkörper produktiv sind. Erfreulicherweise gibt es aber auch schon primär produktive Fürsorgeausgaben, zu deren wichtigsten der soziale Wohnhausbau, zu rechnen ist. Dazu gehören auch die Ausgaben für einen Kindergarten, eine Mutterberatungsstelle, ein Krankenhaus oder eine Lungenheilstätte. Ein Volk zeigt die Höhe seiner Kultur in der Art der Behandlung seiner Kranken, Schwachen und Armen. Mögen sich alle gerne und tatkräftig diesem Leitsatz unserer Fürsorge anschliessen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

Fortsetzung des Berichtes auf Blatt 1810

### Im Rausch von der Stadtbahn gestürzt

=====

Am Sonntag um 22.25 Uhr ist der 60-jährige Aufseher Ferdinand Zwaton, Wien 20., Engerthstraße 112, in alkoholisiertem Zustand von der vorderen Plattform des Schlußtriebwegens eines aus der Haltestelle Schottenring in Richtung Roßauer-Lände ausfahrenden Zuges der Linie WD gestürzt und überfahren worden. Die Zeugen des Unfalles haben das Zugspersonal erst in der Haltestelle Roßauer Lände davon verständigt. Bei dem zwei Minuten nach dem Unfall in die Stadtbahnhaltestelle Schottenring einfahrenden GD-Wagen löste sich vor dem Anhaltezeichen "A" die Fahrsperrung aus. Die angestellten Nachforschungen blieben jedoch erfolglos. Erst der Zugführer eines WD-Wagens, der um 23.35 Uhr die Strecke passierte, bemerkte auf den Schienen einen Fremdkörper und veranlaßte den Fahrer den Stadtbahnzug anzuhalten. Die Distanz war jedoch zu kurz, sodaß der Triebwagen mit dem rechten rückwärtigen Rad auf dem Fremdkörper stehen blieb. Erst jetzt konnte festgestellt werden, daß es sich um eine zerstückelte Leiche handelte. Es wurden sofort ein Rüstwagen und der Rettungsdienst angefordert. Die Leiche konnte nach Heben des Wagens von den Schienen entfernt werden. Vermutlich wurde der Verunglückte schon beim Absturz getötet, da am rückwärtigen Achsstummel des Unfallwagens deutlich Blutspuren zu sehen sind. Die Leiche wurde in die Leichenhalle Sensengasse gebracht.

### Preise der aufgerufenen Lebensmittel

=====

Für die Zeit vom 27.12.1948 bis 2.1.1949 gelten für Wien nachstehende Verbraucherpreise:

Haferflocken	kg	2.80	Ölsardinen	Dose	2.95
Hülsenfrüchte:			Teigwaren:		
Erbsen, ganz	"	1.10	Bandnudeln	kg	3.33
Spalterbsen	"	1.20	Fleckerln, Suppen,		
Bohnen	"	1.50	einlagen, Fadennudeln"		3.37
Fischmarinaden	"	10.--	Makkaroni	"	3.39
Kartoffeln	"	-.38	Spaghetti	"	3.43
Kabeljau:			Zucker:		
Rundfisch	"	5.16	Normalkristallzucker	"	3.20
Filet	"	9.20	Feinkristallzucker	"	3.34
Kochmehl	"	1.60	Würfelzucker	"	3.43
			Staubzucker	"	3.43

(Fortsetzung von Seite 1808)

GR. Steinhardt (KPÖ) erklärt, er habe mit Befriedigung aus dem Bericht des Stadtrates Dr. Freund entnommen, daß die Zahl der Kindergärten vermehrt wurde. Er wendet sich jedoch dagegen, daß die Kinderfreunde aus einer privaten zu einer "halbgemeindlichen" Organisation geworden sind und von der Gemeinde Wien besonders stark unterstützt werden, während dies bei der Organisation Kinderland nicht der Fall sei. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.)

Der Redner setzt sich dafür ein, daß den Absolventinnen der Kindergärtnerinnenschulen die dreimonatige Probezeit erlassen wird, da sie in diesen Schulen eine ausgezeichnete Ausbildung erhalten und allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen können.

Die Kindergärten seien in Wien ungleichmäßig verteilt. So habe der 1. Bezirk nur einen einzigen Kindergarten am Rudolfsplatz. Am besten wäre es, im Stadtpark einen weiteren Kindergarten für den 1. Bezirk zu eröffnen. Auch die Zahl der Kinderspielplätze und Plantschbecken in den verschiedenen Bezirken solle vermehrt werden.

Bei der Durchführung des Lohn- und Preisübereinkommens vom September dieses Jahres habe es sich gezeigt, daß viele Anspruchsberechtigte die Kinderzulage nicht bekommen. Von den 25.000 Mündeln der Gemeinde Wien erhalten nur 10.000 diese Zulage, weil in den übrigen Fällen der Vater entweder nicht in Arbeit **steht**, oder **außer Landes** ist, nicht eruiert werden kann, oder aber die Zulage bekommt, sie jedoch nicht an die Gemeinde abliefern.

Man möge daher an die Bundesregierung und an die verantwortlichen Stellen des Bundes herantreten, damit in allen Fällen, wo im Gesetz keine klare Vorsorge getroffen wird, an jene Personen, die Kinderzulage ausbezahlt werde, in deren Pflege die Kinder sich tatsächlich befinden.

Der Redner wendet sich dann gegen die Behandlung seines Antrages auf Erhöhung der Altersfürsorgerenten im Gemeinderatsausschuß IV und fordert die neuerliche Beratung desselben.

Er fragt beim Referenten dieses Ressorts an, warum allein im 16. Bezirk in der Zeit vom 1.1. bis 16.11. dieses Jahres 774 Anträge auf Gewährung einer Altersfürsorgerente abgelehnt wurden. In vielen Fällen sei nach seiner persönlichen Intervention eine falsche Auslegung korrigiert worden, so dass die Renten doch zuerkannt wurden. Da die Unterstützungen ohnedies so gering seien, mögen sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen einem möglichst weitem Kreis zuerkannt werden.

Es muss zugegeben werden, dass in den abgelaufenen dreieinhalb Jahren alle verantwortlichen Stellen - die Gemeinde, verschiedenen Organisationen, das Jugendhilfswerk usw. - viel geleistet haben. Möge der soziale Geist, der bei diesen Beratungen herrschte weiter bestehen, damit es gelingt, für die Kinder und die Alten noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die kommunistische Fraktion nehme den Bericht des Stadtrates über die Geschäftsgruppe IV an.

Für die ÖVP sprach GR. Kowatsch. Er stellte mit Befriedigung fest, dass für das Jahr 1949 58 Millionen Schilling mehr als 1948 für das Fürsorgewesen vorgesehen sind. Seine Fraktion anerkennt auch die Arbeit, die die Gemeinde Wien auf dem Gebiet der Fürsorge geleistet hat.

Der Redner brachte wieder den Antrag der ÖVP über die Erhöhung der Renten der Dauerbefürsorgten zur Sprache und gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieser Antrag durchgeführt wird.

Weiter sprach sich GR. Kowatsch dafür aus, dass an die Wiener Bevölkerung appelliert wird, Pflegekinder aufzunehmen. Es wäre aber notwendig, die Pflegegelder zu erhöhen. Dann werden auch mehr Leute Pflegekinder aufnehmen.

Auch auf die bessere Einreihung und bessere Bezahlung der Fürsorgerinnen auf Grund ihrer Ausbildung und Leistungen wies der Redner hin.

Dann bemängelte GR. Kowatsch, dass in einzelnen Bezirken von seiten der sozialistischen Fürsorgevorständen die Besetzung der Fürsorgesektionsobmänner ausschliesslich nach sozialistischer Auffassung durchgeführt wird. Ein weiterer Misstand sei der, dass die Fürsorgevorstandsstellvertreter von den verschiedenen Aktionen, Erlässen und Verfügungen meist erst dann erfahren, wenn diese Aktionen schon vorbei sind.

Im allgemeinen bemerkte GR. Kowatsch, dass die beste Fürsorge die ist, gesunde Familien zu schaffen, die einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, gesund zu leben und die Menschen so zu festigen, dass sie möglichst selten in die Lage versetzt werden, die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Wenn in diesem Sinn gearbeitet wird, dann werden die Verhältnisse auf dem Gebiete der Fürsorge wieder erträglich werden.

Zum Schluss stellte der Redner fest, dass seine Fraktion die grosse Arbeit und Sorge des Stadtrates Dr. Freund anerkenne und ihre Zustimmung zum Voranschlag des vierten Hauptstückes gebe. (Beifall bei der ÖVP).

Dann sprach GR. Lehnert (SPÖ). Sie kam eingangs auf die Kindergärten zu sprechen und gab die Anregung, beim Bau neuer Kindergärten auch für Spielplätze Vorsorge zu treffen und diese Spielplätze so zu gestalten, dass den Kindern eine staubfreie saubere Fläche zur Verfügung steht.

Der Errichtung von Horten wäre erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Viele Frauen sind gezwungen, selbst zu arbeiten und haben nebenbei noch für Kinder zu sorgen. Wenn die Mütter nun ihre Kinder in Horte geben, in denen sie ihre Schulaufgaben machen könnten und dabei von geschulten Personen beaufsichtigt werden, würde ihnen eine grosse Sorge abgenommen. Die Jugend selbst würde wieder den rechten Weg ins normale Leben finden.

Für die Beistellung von Säuglingswäschepaketen würden zwar monatlich 500 Schilling ausgegeben. Dieser Betrag reiche aber nicht aus, um alle Mütter zufrieden zu stellen. Vielleicht wäre es möglich, eine Stelle zu schaffen, bei der Säuglingswäschepakete gekauft werden können. Dadurch würde der Zwischenhandel ausgeschaltet und den Frauen viele Wege erspart.

Bezüglich der Wärmestuben regte GR. Hedwig Lehnert an, diese in den Randbezirken früher zu öffnen und auch früher zu schliessen. Die Leute hätten gerade in den Aussenbezirken weitere Wegstrecken zurückzulegen und wollen noch vor Dunkelheit ihr Heim erreichen.

Die vorhandenen 723 Pflegeplätze in Wien seien nicht ausreichend. Es wäre begrüssenswert, wenn mehr Kinder in Pflege genommen werden würden. Dies scheitere aber grösstenteils

daran, daß die Pflegeeltern auch für die **Bekleidung** der Kinder sorgen müssen. Wenn für das Sachbeihilfenlager etwas mehr Geld aufgewendet würde, könnte man vielleicht den Kindern Kleider und Wäsche zur Verfügung stellen. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Damit ist die Debatte über das Hauptstück IV abgeschlossen und Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Dr. Freund hält das Schlußwort. Zu dem vom Gemeinderat Steinhardt vorgebrachten Wunsch auf Errichtung zusätzlicher Kindergärten erklärt er, daß dieser nicht nur wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung von Inventar und Räumen sondern auch wegen der Personalmehrausgaben derzeit nicht erfüllt werden könne. Die Pflegegelder sind gegenüber jenen in anderen Ländern beträchtlich. Zu dem Antrag des GR. Steinhardt, betreffend die Kinderbeihilfen, führt der Berichterstatter aus, dieser sei durch einen Antrag überholt, der dem Nationalrate wegen Novellierung des Ernährungsbeihilfengesetzes übermittelt werde und der dem Ersuchen des GR. Steinhardt Rechnung trage. Zu seinem zweiten Antrag betreffend die Erhöhung der Fürsorgerenten meint er, man könne die Fürsorgesätze nicht ständig ändern. Er werde nicht verabsäumen, den Finanzreferenten zu einer Besprechung mit allen drei Parteien über die Frage einer eventuellen allerdings maßvollen und vernünftigen Erhöhung der Fürsorgerenten einzuladen. In der von dem GR. Kowatsch angeschnittenen Frage der Fürsorgesektionsobmänner sei es nicht am Platze, es von der politischen Seite zu beleuchten. Den Ausführungen des GR. Kowatsch, daß Vorsorge in der Familie besser als Fürsorge sei, stimme er vollkommen zu. Jede prophylaktisch getätigte Ausgabe mache sich in der Fürsorge tausendfach bezahlt.

Er habe 22 zusätzliche Horte in den städtischen Schulen geplant, doch war deren Verwirklichung wegen der finanziellen Belastung derzeit nicht möglich. Die Anregung, Säuglingspakete gegen Bezahlung zu verschaffen, nahm er zur Kenntnis wie auch den Wunsch betreffend frühere Eröffnung der Wärmestuben in den äußeren, und späteren Schluß in den inneren Bezirken.

Es kommt bei einer richtig verstandenen Fürsorge nicht so sehr auf eine hundertprozentige Erfüllung aller berechtigten Wünsche an. Dazu ist unsere verarmte Stadt nicht in der Lage. Worauf es ankommt ist, daß jeder Mitbürger das Gefühl hat, daß wir das möglichste tun, daß wir es gerne und in einer Form tun, die der Würde des Menschen gerecht wird. In Fürsorgefragen ist unsere Wiener Bevölkerung sehr feinhörig und weiß sehr wohl zwischen dem zu unterscheiden, was hier wirklich zum Nutzen und Frommen des Befürsorgten oder was für die Politik des Augenblicks oder einer Partei gesprochen wurde. (Allgemeinder lebhafter Beifall.)

Bei der Abstimmung über die Gruppe IV: Wohlfahrtswesen, werden die Ansätze einstimmig angenommen.

Der Antrag betreffend die Kinderbeihilfen wurde von dem Antragsteller Steinhardt zurückgezogen; sein zweiter Antrag wird abgelehnt.

Damit sind die Vormittagsberatungen beendet und Vorsitzender GR Thaller schließt die Sitzung um 13.10 Uhr.

Der Gemeinderat setzte um 15 Uhr unter dem Vorsitz des GR. Dr. Ing. Hengl die Spezialdebatte über den Voranschlag für das Jahr 1949 fort. Zur Beratung gelangte die Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, über die Vizebürgermeister Weinberger den Bericht erstattete. Er hob einleitend hervor, daß sich gerade auf diesem Gebiete die vernünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien bestens bewährt habe, sie haben sich gemeinsam bemüht, vom Bund herauszuholen, was nur herauszuholen ging.

Den besten Beweis dafür, daß wir uns auf diesem Gebiet bereits wieder in normalen Verhältnissen befinden, erbringt die Bettenanzahl der Krankenanstalten. Sie betrug vor dem Krieg 11.860, nach Kriegsende 7170 und beträgt derzeit 13.184. Wenn diese Ziffer gegenüber dem Höchststand zu Beginn dieses Jahres mit 13.171 einen kleinen Abfall bedeutet, so handelt es sich hier um keinen wirklichen Rückgang, sondern nur um einen auf die Kriegsfolgen zurückgehenden Mehrbedarf. Die früheren katastrophalen Verhältnisse haben aufgehört, es kommt bereits wieder vor, daß verschiedene Anstalten zu viel Betten haben.

Leider sind noch immer einige Objekte von den Alliierten beschlagnahmt, so das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft, das Brigittenspital und der Pavillon 3 in Lainz.

Freigegeben wurde von den Alliierten im Laufe dieses Jahres die Krankenpflegeschule Lainz in der Jagdschlossgasse und vor einigen Tagen das Kinderheim Bellevue, das wieder für Tbc-erkrankte Kinder eingerichtet werden soll.

Unter den Erweiterungsbauten ist vor allem der Ausbau des Krankenhauses in Floridsdorf hervorzuheben. Ferner sind zu erwähnen der Ausbau des Pavillon B der Nervenheilanstalt Rosenhügel, die Schaffung einer Röntgentherapie und eines neurologischen Ambulatoriums im Kaiser Franz Josefs-Spital, die Schaffung neuer Schwesternunterkünfte im Wilhelmenspital und die Schaffung eines Zentrallaboratoriums.

Auf dem Gebiete der Brennstoffversorgung wird es möglich sein, im kommenden Jahre die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten besser zu beheizen als in den vergangenen Jahren. Jedenfalls wird die Raumtemperatur, die bisher zeitweilig nur 14 Grad betrug, erhöht werden können.

Die Spitäler hatten jahrelang unter einem untragbaren Mangel an Textilien zu leiden. Im Jahre 1949 wird das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau den Krankenanstalten zur Neuanschaffung der Wäsche 140 Tonnen Baumwolle zur Verfügung stellen. Da es sich hier um Investitionen auf längere Zeit hinaus handelt, wird es hoffentlich möglich sein, vom Finanzreferenten einen entsprechenden Kredit - zirka 7 Millionen - zu erhalten.

Wie es um die Ernährung in den Spitälern steht, kann man daraus erkennen, dass im Allgemeinen Krankenhaus Brot zum Fenster hinausgeworfen wird und bereits Mehlspeisen herumliegen gelassen werden. Das Essen ist also keineswegs mehr zu wenig, freilich ist Krankenkost nicht immer schmackhaft.



Auch hinsichtlich der Alters- und Obdachlosenheime sind erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Bettenzahl in der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs an der Donau wurde nach Freigabe eines Objektes durch die Besatzungsmacht von 400 auf 700 erhöht. In der Tbc-Abteilung des Altersheimes Lainz und im Altersheim Baumgarten wurden Röntgenanlagen errichtet.

Das bisherige Altersheim Meldemannstraße wurde nunmehr ganz für die Obdachlosen freigegeben, die Küche der Anstalt für Zwecke der Kindergartenauspeisung zur Verfügung gestellt, um den Betrieb rationeller zu gestalten.

Verbesserungen wurden ferner vorgenommen am Altersheim Liesing und im Obdachlosenheim Wieden, wo ein Heimkindergarten eingerichtet wurde. Nach Freigabe durch die Besatzungsmacht wurden die Objekte Rainergasse 8 und Favoritenstraße 38 wiederhergestellt und finden als Obdachlosenheime Verwendung, auch an weiteren Baulichkeiten wurden umfangreiche Instandsetzungen vorgenommen.

An Jugendfürsorgeanstalten bestehen derzeit 24 mit insgesamt 3.406 Betten. Neu eröffnet wurde im ablaufenden Jahr das Lehrmädchenheim "Am Augarten" mit 140 Betten. In verschiedenen anderen Anstalten konnte die Bettenzahl im Jahre 1948 um insgesamt 315 Betten vermehrt werden. Wo immer es ging, wurden größere Instandsetzungen und Verbesserungsarbeiten durchgeführt.

Besonders augenscheinlich ist die Besserung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes. Von der Meldung bei der Zentrale bis zur Ausfahrt des Wagens vergeht durchschnittlich nur mehr eine Minute.

Zu den bestehenden drei Krankenpflegeschulen wurde im Jahre 1948 in der Krankenanstalt Rudolfspital eine neue Schule errichtet. Die Gesamtzahl der Schülerinnen beträgt 250.

Die Versorgung mit Heilmitteln hat sich wesentlich verbessert. Allerdings sind auch hier noch Schwierigkeiten, besonders bei Verbandstoffen und chirurgischem Nähmaterial. Dazu ist zu sagen, daß die Preise im vergangenen Jahr stark gestiegen sind. So wurde für Penicillin, womit wir erst seit

August 1948 ausreichend versorgt sind, von Jänner bis November 839.640 Schilling ausgegeben. Im September allein 166.000 Schilling. Für Streptomycin wurden in der Zeit von Juni bis Oktober 524.000 Schilling aufgewendet.

Zum Personalwesen bemerkte Vizebürgermeister Weinberger, daß auch hier gewisse Schwierigkeiten vor allem in der Verteilung des Personals vorhanden sind. Der Personalstand beträgt 13.562. Die Personalvermehrung erstreckt sich hauptsächlich auf Aspiranten, das sind die Gastärzte, und Küchengehilfinnen, deren Einstellung mit Rücksicht auf die Einführung der 48 Stunden-Woche erfolgte.

Der amtsärztlichen Untersuchungsstelle obliegen die vertrauensärztlichen Untersuchungen der Gemeindebediensteten und die amtsärztlichen Überprüfungen, außerdem die Feststellung der Versehrtensstufe nach dem Verbotsgesetz 1947 und nach dem Opferfürsorgegesetz 1947. Der jährliche Umfang der Untersuchungen beträgt ungefähr 15.000 bis 18.000, das sind durchschnittlich 400 bis 500 täglich. In diesem Zusammenhang regte der Berichterstatter an, die Gemeindeangestellten öfter zu untersuchen, Massenuntersuchungen aber zu vermeiden.

Die hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt leidet unter bedrückenden räumlichen Verhältnissen. Außerdem wurde leider auch der Kredit für einen Kraftwagen gestrichen, der für diese Stelle und ihre Arbeit sehr wichtig ist.

Über die Mutterberatungsstellen teilte Vizebürgermeister Weinberger mit, daß die Zahl der untersuchten Kinder in diesem Jahr bis einschließlich Oktober 151.774 betrug. Es ist geplant, im nächsten Jahr 5 Mutterberatungsstellen neu zu eröffnen und für den 25. Bezirk eine fahrbare Mutterberatungsstelle einzurichten.

Durch den zahnärztlichen Dienst wurden in den ersten 10 Monaten d.J. 77.716 Schulkinder untersucht, gegenüber 51.348 Schulkindern im vorhergehenden Schuljahr. In der Zentrale wurden 3.830 Schulkinder untersucht. Schulzahnkliniken gab es 1947 14, während derzeit 17 Schulzahnkliniken bestehen. Bei der Gewährung von Krankenzubußen ist die Zahl der Anträge gegenüber dem Vorjahr gestiegen, die Zahl der Ablehnungen erfreulicherweise gesunken.

Zum Problem der Geschlechtskrankenfürsorge bemerkte der Referent, dass auch hier ein Rückgang zu verzeichnen ist. 1945 gab es 12.481 Fälle von Geschlechtskranken, 1946 19.147, 1947 waren es 12.915 und 1948 bis November 8.404. Es scheint also doch, dass es gelungen ist, diese Erkrankungen zurückzudrängen. Auch die geheime Prostitution scheint im Rückgang begriffen zu sein. Die Infektionskrankheiten sind bis auf Malaria und Scharlach gleichfalls zurückgegangen. An Scharlach waren 1947 1.405 Erkrankungen mit 5 Todesfällen zu verzeichnen. 1948 waren es wesentlich mehr, nämlich 2.287 Erkrankungen, aber auch nur 5 Todesfälle. An Kinderlähmung waren 1938 135 Personen erkrankt, 1947 waren 454 Erkrankungen mit 72 Todesfällen zu verzeichnen und 1948 nur 62 Erkrankungen mit 11 Todesfällen. An Typhus waren 1945 3.669 Personen erkrankt, von denen 450 starben, 1947 gab es 706 Erkrankungen mit 68 Todesfällen und 1948 233 Erkrankungen mit 20 Todesfällen.

Bei den Schutzimpfungen ist erfreulicherweise ein Ansteigen zu bemerken. Während sich 1947 nur 4.699 Personen impfen liessen, waren es 1948 schon 24.678.

Über die Tuberkulose-Erkrankungen führte der Referent aus, dass die durch die Statistiken ausgewiesene Steigerung eine scheinbare ist. 28.659 Erkrankungen im Jahre 1945 stehen zwar 41.622 im November 1948 gegenüber. Die Steigerung hängt aber mit der Intensivierung der Untersuchungen zusammen. Durch Reihenuntersuchungen und durch Aufklärung und Propaganda ist es gelungen, mehr Tbc-Fälle aufzudecken, die früher in den Statistiken nicht aufgeschienen sind. Ein richtigeres Bild ergeben vielmehr die Zahl der Todesfälle. 1.910 Todesfällen im Jahre 1938 stehen 1981 im Jahre 1947 und ungefähr 1.800 im Oktober 1948 gegenüber. Der Referent gab der Hoffnung Ausdruck, dass dieses Sinken der Todesfälle an Tuberkulose weiter erhalten wird.

Die Zahl der Tbc-Fürsorgestellen ist seit dem Jahre 1945 von 15 auf 20 angestiegen. Die Untersuchungen sind ebenfalls im Steigen begriffen, u.zw. besonders die Röntgen- und Schirmbilduntersuchungen.

Über das Kapitel "Körperbehinderten-Fürsorge" sprechend, beantragte Vbgm. Weinberger die Beistellung von zwei Autobussen für den Hin- und Rücktransport der körperbehinderten Kinder in die für diese vorgesehenen Schulen.

Weiter berichtete der Referent, daß die bisher provisorisch bestattet gewesenen Personen endlich in entsprechende Gräber beerdigt werden konnten. Das Kapitel "Enterdigungen" konnte somit abgeschlossen werden.

Am Schluß seiner Ausführungen angelangt, bemerkte Vbgm. Weinberger, daß leider nur ein kleiner Teil von dem erfüllt werden kann, was geplant ist. Es ist klar, daß die Stadt Wien bemüht ist, die Peripheriespitäler zu Vollspitälern nach modernen Richtlinien auszugestalten, Spezialabteilungen zu errichten und die Versorgung mit Textilien zu verbessern. Es wäre wünschenswert, den Wagenpark des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes zu modernisieren, das Apothekerreferat mit Medikamenten und insbesondere mit Verbandstoffen besser zu versorgen und das nicht fachlich ausgebildete Personal durch fachlich besser qualifiziertes zu ersetzen. Es ist auch geplant, einen Gesundheitskataster für die städtischen Angestellten anzulegen, mit dessen Hilfe eine durch unrichtige berufliche Verwendung hervorgerufene Krankheit leichter erkannt werden soll.

Aus dem Vorangeführten ist zu entnehmen, daß die verantwortlichen Stellen im vergangenen Jahr alles versucht haben, um das Gesundheitswesen dieser Stadt weitgehendst zu verbessern. Der Referent sprach noch allen Leitern, Beamten und Arbeitern, insbesondere aber den Ärzten und Schwestern für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit im Dienst der Gesundheit der Bevölkerung von Wien Dank und Anerkennung des Gemeinderates aus. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

GR. Steinhardt (KPÖ) bespricht zunächst den großen Mangel an Pflegepersonal in den Krankenanstalten und regt die Freimachung einer Anzahl von Posten für Krankenpflegerinnen, in Sonderheit für Tuberkulosepflegerinnen, an. Auch die Ernährung der Kranken, besonders wieder der Tuberkulosekranken, ist unzureichend. Man müßte von einer schablonenhaften Ernährung abgehen und mehr Gemüse und Obst zur Verfügung stellen. Die wissenschaft-

lich-hygienische Abteilung der Stadt Wien stellte den Bundesländern eine Aufstellung der besten Ernährung für Kranke zur Verfügung. Die Bundesländer halten sich nun an diese Aufstellung, die Gemeinde Wien selbst jedoch nicht. Der Redner stellt daher den Antrag, die zuständigen Stadträte mögen alle notwendigen Schritte unternehmen, damit auch in Wien die Ernährungszubußen ausgegeben werden können, die der vollen Höhe der in der Anordnung Nr. 24 des Ernährungsministeriums vorgesehenen Sätze entsprechen.

Er verwahrt sich im einzelnen dagegen, daß zur Bekämpfung der Tuberkulose gefaßte Beschlüsse nicht eingehalten wurden und die Tuberkulosekommission, deren Schaffung im zuständigen Ausschuß beschlossen wurde, nicht funktioniert. Ähnlich sei es dem seinerzeit auf Koordinierung der Tuberkulosebekämpfungsmaßnahmen abzielenden Antrag der Kommunisten ergangen. Eine der Hauptursachen der Tuberkulose ist die fürchterliche Wohnungsnot in Wien. Umso dringender ist es, rasch Wohnungen zu bauen.

Die Krankenanstalten, einst der Stolz Wiens, sind veraltet und müssen modernisiert werden. Sie bedürfen alle einer gründlichen Überholung. Redner lenkt in bewegten Worten die Aufmerksamkeit des Amtsführenden Stadtrates auf die Zustände im Zentralkinderheim in der Bastiengasse, der Kinderübernahmestelle in der Lustkandlgasse sowie auf eine Anzahl weiterer Anstalten, von deren Verhältnissen er sich durch persönlichen Augenschein überzeugt habe. Die Kinder im Zentralkinderheim verkämen geistig und körperlich, da nicht genügend Personal zur Betreuung der Kinder und Reinigung der Räumlichkeiten zur Verfügung stünde. Auch in der Lustkandlgasse fehle es an Seife, Reinigungspersonal, Spielzeug und Büchern für die Kinder. Trotz wiederholten Ersuchens sei keine Besserung eingetreten.

Besonderes Lob zollt er den Arbeiterinnen in den Krankenanstalten und Kinderanstalten. Diese gehen in ihrer innigen Verbundenheit mit ihrem Auftrag über sich selbst hinaus. Man müßte diesen Menschen helfen, jene Beamte aber, die vielleicht aus irgendwelchen bürokratischen Rücksichten Schwierigkeiten machen, müßten zur Rechenschaft gezogen werden. Redner schildert noch einige Mißstände in den Lehrlingsanstalten und kommt auf Probleme der Fondskrankenanstalten sowie des hygienisch-pathologischen Institutes, eines der besten hygienischen Institute Wiens,

zu sprechen, dessen Erweiterung, Modernisierung und Ausstattung mit neuen Instrumenten er anregt. Abgesehen von den vorgebrachten Fragen erklärt der Redner namens der kommunistischen Fraktion, den Bericht des Amtsführenden Stadtrates zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Hermine Unger (ÖVP) bezeichnet den Aufwand von 183 Millionen Schilling für diese Gruppe als keineswegs zu hoch, so dass hier Überschreitungen zu erwarten sind. Der früher so fühlbare Bettenmangel in Krankenhäusern besteht heute nur mehr bei Tuberkulose- und gynäkologischen Fällen. Die Rednerin setzt sich - wie schon der Referent es tat - für die Freigabe der noch von Besatzungsmächten beschlagnahmten Krankenhäuser ein.

Die 12.5 Millionen Schilling für Brennstoff werden es ermöglichen, die Krankenhäuser friedensmässig zu beheizen.

Bei der Bereitstellung der Mittel für die Ernährung der Pfléglinge in den städtischen Krankenanstalten ist für 1949 nur ein Betrag von cca. 29 Millionen bewilligt. Hierin ist die Kalorienerhöhung auf 2.100 noch nicht berücksichtigt; soll sich also die Ernährung der Pfléglinge nicht verschlechtern, wird eine Überschreitung der Budgetansätze unvermeidlich sein.

In der Versorgung mit Medikamenten und Arzneien ist eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Penicillin und Streptomycin müssen aus dem Ausland eingeführt werden, ihre Herstellungskosten sind dementsprechend hoch. Der Penicillinverbrauch erreichte im September 166.000 Schilling. Für Streptomycin wurden von Juni bis Oktober dieses Jahres 524.000 Schilling ausgegeben; kostet doch eine einfache Behandlung mit diesem Präparat rund 2.000 Schilling.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, dass die Erfolge Professor Danks die Wiener medizinische Schule zu neuem Ruhme führen.

Ein weiterer Lichtblick im Wiederaufbau des städtischen Gesundheitswesens ist der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst. 1938 hatten wir 19 Rettungswagen, heute stehen 27 in Betrieb; waren es damals 49 Krankenwagen, so sind es heute schon wieder 45. In den ersten 10 Monaten dieses Jahres verzeichnete die Rettung über 16.000 Ausfahrten, der Krankenbeförderungsdienst fast 70.000.

Wien hat heute 900 Spitalsärzte, 5.400 weltliche und eine Anzahl geistliche Schwestern. Die Schaffung von 200 neuen bezahlten Arztstellen war eine große soziale Tat.

Da die Gleichstellung der Frau auf allen Gebieten gesetzlich geregelt ist, geht es nicht an, daß Ärzte grundsätzlich keine Assistentinnen heranziehen. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Wenn auch der ziffernmäßige Mangel an Pflegepersonal fast behoben erscheint, so entspricht die Ausbildung nicht überall den Bedürfnissen. Bei Vorrückungen und Gehaltsverbesserungen sollen vor allem die diplomierten Krankenschwestern berücksichtigt werden.

Ein größeres Augenmerk wäre auf die pädagogische Ausbildung des Personals für Lehrlings- und Erziehungsheime zu lenken.

Leider ist nach wie vor die Tuberkulose die typische Wiener Erkrankung. Die im September 1948 erfaßten Fälle betragen über 41.000. Starben 1945 an Tuberkulose über 4.000 Personen, so sank die Sterblichkeitsziffer in den ersten 10 Monaten d.J. auf 1.800 herab. Zur Bekämpfung der Tuberkulose stehen 20 Fürsorgestellen mit 15 Röntgenstationen zur Verfügung, in denen heuer über 78.000 Durchleuchtungen erfolgten. Weiters führen 84 Schulärzte ständige Untersuchungen durch. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß eine eigene Schulzahnklinik eingeführt werden soll.

Die Aufklärung der Bevölkerung hinsichtlich der Geschlechtskrankheiten hat sich gut ausgewirkt. Die erfaßten Fälle sanken von 13.000 im Jahre 1945 auf 8.000 im heurigen Jahr.

Rednerin regt die Ausgestaltung von Altersheimen in Siedlungsform an, um die Alten, die ein arbeitsreiches Leben hinter sich haben, den Dank der Allgemeinheit spüren zu lassen. (Beifall bei der ÖVP).

Sie richtet an den Referenten eine Reihe von Anfragen: ob es den Tatsachen entspreche daß 5 Angestellte eines Krankenhauses, die des Diebstahls überführt wurden, bzw. diesen eingestanden haben, neuerlich in den Dienst der Gemeinde Wien übernommen worden sind (hört-hört!-Rufe bei der ÖVP); ob es richtig sei, daß infolge Weigerung durch den Betriebsrat die durch das Kontrollamt veranlaßte Kontrolle von Schränken von Angestellten eines Krankenhauses nicht durchgeführt werden konnte (erneute hört-hört!-Rufe) und ob es den Tatsachen entspreche, daß in einem Krankenhaus von drei Professionisten, und zwar Schlossern, zwei als Betriebsräte praktisch nichts arbeiten und der dritte mit Arbeit dadurch überbürdet ist?

GR. Antonie Platzer (SPÖ) beschäftigte sich in ihren Ausführungen zum Voranschlag der Geschäftsgruppe Gesundheitswesen zunächst mit der Tbc-Fürsorge, die gegenwärtig 40.000 Menschen umfaßt. Sie stellte fest, daß unsere größte Lungenheilstätte auf der Baumgartner Höhe nunmehr ganz Spital geworden ist. Dazu wäre aber auch eine Reihe von Verbesserungen erforderlich, die für einen Spitalsbetrieb wichtig sind. Die Rednerin regte auch an, die Anstalt wegen ihrer Stadtnähe zur "Lenkungsanstalt" für die gesamte Lungenfürsorge zu machen. Weiter schlug sie vor, den vorhandenen kleinen Operationssaal zu erweitern, um alle Operationen dort durchführen zu können.

Zu der Einrichtung der Sammelstelle für Muttermilch bemerkte GR. Platzer, daß sie für die derzeitigen Verhältnisse zu kostspielig wäre. Es sind sieben diplomierte Schwestern mit dem Einsammeln der Muttermilch beschäftigt. Es wäre zu überlegen, ob nicht eine Schwester mit sechs Helferinnen auskommen könnte.

Dann befaßte sich die Rednerin mit der nicht befriedigenden Entwicklung im Zentralkinderheim. Diese Einrichtung konnte einmal mit Recht als Krone der Wiener Kinderfürsorge bezeichnet werden. Nach den Statuten ist das Zentralkinderheim auch ein Fürsorgeinstitut. Die Tendenz führt jedoch dahin, aus dieser Anstalt eine Klinik zu machen. GR. Platzer richtete an Vizebürgermeister Weinberger das Ersuchen, daß die Bestimmungen des Statuts eingehalten werden. Durch den Mangel an Pflegeplätzen müssen Kinder auch länger in der Anstalt bleiben als vorgesehen. Sie haben nun dort wohl ihre körperliche Pflege, doch fehlt es ihnen an der nötigen Erziehung, da die dort angestellten Schwestern mit Arbeit überlastet sind und auch keine pädagogische Ausbildung erhalten haben. In diesem Zusammenhang bat die Rednerin auch um die wirtschaftliche Sicherstellung dieser Frauen, da sonst die Gefahr besteht, daß die Pflegerinnen den an sie gestellten Anforderungen nicht entsprechen können.

Zu den Zuständen in dem Lehrlingsheim "Im Werd" sagte die Rednerin, daß es die Pflicht einer städtischen Anstalt wäre,



alles zu tun, um diese jungen Menschen in ihrer seelischen Not beizustehen und mit Güte zu lenken. Die Zustände sind dort aber solche, dass die Lehrlinge selbst Eggenburg dieser Anstalt den Vorzug geben.

Zum Schluss brachte GR. Platzer noch eine Anregung der Insassen des Altersheimes Baumgarten vor, in dem Heim eine Radioanlage zu errichten. (Beifall bei der SPÖ).

GR. Heigelmayer (SPÖ) dankte zuerst dem Finanzreferenten für sein Verständnis, das er der Verwaltungsgruppe Gesundheitswesen entgegenbringt. Die Mehrheit des Gemeinderates wird erkennen, dass eine gesunde Bevölkerung die beste produktivste Geldanlage darstellt.

Es wurde bisher in grosszügiger Weise das ärztliche Personal vermehrt, jedoch vergessen auch den Stand an Pflegepersonal zu erhöhen. Dieses sei sehr überlastet und es muss die Geduld bewundert werden, die Schwestern und Pflegerinnen trotz der starken Überbeanspruchung noch immer für die Kranken aufbringen. Auch der Unterkunftsraum für die Pflegerinnen, in dem sie sich erholen sollen, ist nicht entsprechend. Dasselbe gilt von der Verköstigung des Personals, das noch immer durch die Werkküche verpflegt wird. Man müsse versuchen sie durch die Anstaltsverpflegung zu verköstigen.

Die Verpflegung der Patienten sei ebenfalls noch unzureichend. Das Ausland spendet zwar Lebensmittel und auch durch Vermittlung von StR. Afritsch konnten den Spitälern und Anstalten tausende Kilogramm Lebensmittel zur Verfügung gestellt werden. Das kann natürlich kein Dauerzustand sein, deswegen muss rechtzeitig vorgebaut werden, um aus eigenem die Erhöhung des Verpflegssatzes in den Spitälern zu erreichen. Dazu müssen allerdings die finanziellen Mittel vorhanden sein. Deshalb ersuchte der Redner den Referenten, seinen Einfluss bei der Mehrheitspartei im Parlament geltend zu machen, damit endlich das Problem der Übernahme des Betriebsabganges der Fondskrankenanstalten erledigt würde.

Wenn erwähnt würde, daß das beste Mittel zur Bekämpfung der Tbc die Errichtung von schönen, lichten und gesunden Wohnungen sei, dann muß gesagt werden, daß der Bau solcher Wohnungen schon von der sozialdemokratischen Mehrheit nach 1918 unter Karl Seitz erfolgte und dadurch der Volksseuche "Tuberkulose" einigermaßen Einhalt geboten wurde. (Starker Beifall bei den Parteigenossen). Die heutige Mehrheitspartei verspricht nun der Wiener Bevölkerung, getreu diesem Vorbild, ebenfalls alles auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose zu tun.

Der Redner berichtete noch über die schlechten Verhältnisse im Familienunterkunftsheim Meidling/Favoriten und bat hier wenigstens eine kleine Abhilfe zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ).

In seinem Schlußwort gab Vizebürgermeister Weinberger die Versicherung, daß er die Anregungen aufnimmt und sie soweit als möglich zu erfüllen trachten wird.

Die Beschwerde über die schlechten Verhältnisse im Zentralkinderheim wies er zurück und betonte, es sei ihm nichts bekannt, daß die dort untergebrachten Kinder körperlich und geistig verkommen. Es sei wohl Tatsache, daß die Kinder dort zu lang verbleiben müssen, da eben noch zu wenig Pflegeeltern vorhanden sind.

Der Referent empfahl weiter den Antrag des GR. Steinhardt der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuführen. Er versprach, die Verhältnisse in der Kinderübernahmestelle überprüfen zu lassen und die Einrichtung der Lehrlingsheime zu verbessern.

Wenn die Fondskrankenanstalten dem Bund übergeben werden sollten, wäre dies bedauerlich, da dadurch die Einheit der städtischen Gesundheitsverwaltung zerrissen würde. Eine Ausnahme bedeutet das Allgemeine Krankenhaus, das allenfalls, da es sich um eine Lehranstalt handelt, dem Bund übergeben werden könnte, zumal es auch eine finanzielle Belastung der Gemeinde darstellt und diese Mittel dann für die anderen Anstalten verwendet werden könnten.

Die Anregungen der GR. Platzer, nimmt der Vizebürgermeister zur Kenntnis. Die Anregung, daß in der Muttermilchsammelstelle anstatt von 7 Schwestern eine Schwester und 6 Schülerinnen eingesetzt werden sollen, hält er jedoch nicht für zweckmäßig, da dort nur erfahrene Schwestern verwendet werden sollten. Dem Wunsch der alten Leute auf der Baumgartner Höhe nach Radio geräten werde wohl Rechnung getragen werden können. Daß an der Gesundheitsverwaltung nichts verdient werden dürfe, sei ein selbstverständlicher Grundsatz.

Es stimmt im allgemeinen, daß das Pflegepersonal überlastet ist; die Erreichung eines besseren Zustandes ist anzustreben. Auch die Verbesserung der Unterkunftsräume werde ihm, wie er betont, am Herzen liegen. Die Anregungen bezüglich der Werksküchen seien nicht so leicht durchzuführen. Die Verpflegung in den sogenannten Werksküchen der Anstalten ist weit besser als die Durchschnittsverpflegung in den wirklichen Werksküchen.

Zu den Ausführungen der GR. Unger hinsichtlich des Streites zwischen Ärzten und Ärztinnen teilt der Vizebürgermeister mit, ihm sei bekannt, daß einige Ärzte sowie sonstige Wissenschaftler eine gewisse Aversion gegen die völlige Gleichberechtigung von weiblichen Kollegen haben. Er habe versucht, hier auszugleichen, müsse aber objektiver Weise zugestehen, daß gewisse Arbeiten zweifellos den Frauen nicht so liegen. Daher sei es verständlich, daß sich mancher Chef dagegen wehre, wenn er einen Mann für eine bestimmte Aufgabe habe, eine Frau dafür einzusetzen. Das ist fachlich und sachlich begründet und nicht immer eine Böswilligkeit oder gar eine Bosheit.

Zu den von der GR. Unger angeführten drei Anfragen stellt er fest, es sei leider richtig, daß in einem Fall zunächst 5 und dann 4 Angestellte einer bestimmten Anstalt des Diebstahles überführt wurden. Sie wurden auch entlassen, aber leider wieder aufgenommen. Er bedauere dies. Pflicht der Gewerkschaft sei es, die anständigen Arbeiter und Angestellten gegen die anderen zu schützen, und je besser eine Stadtverwaltung für ihre Leute sorgt, desto mehr müßten diese auch ihre Pflicht erfüllen.

Bei dem zweiten Fall handle es sich darum, daß auf Grund einer anonymen Anzeige beim Kontrollamt in einem großen Krankenhaus die Küchenverwaltung kontrolliert wurde. Im Zusammenhang damit wurde vom Kontrollamt die Anregung gegeben, auch die Kästen der Schwestern für Kontrollzwecke aufsperrern zu lassen. Dagegen wurde vom Betriebsrat Einspruch erhoben, solange nicht ein bestimmter Verdacht gegen eine bestimmte Schwester ausgesprochen werde. Die Kasten wurden nicht aufgesperrt.

Er selbst, meint der Vizebürgermeister, hätte im konkreten Fall kein Bedenken gehabt, dem Wunsche des Kontrollrates Rechnung zu tragen. Der Vorwurf, als ob jemand etwas täte, was nicht in Ordnung wäre, würde am besten widerlegt, wenn man die Möglichkeit der Kontrolle gäbe. In diesem Falle hätte der Betriebsrat besser gehandelt, wenn er dem Ersuchen des Kontrollamtes nachgekommen wäre.

Den letzten Fall müsse er erst prüfen und könne daher nur angeben, was er kurz gehört habe. In einer Anstalt seien drei Schlosser, von denen zwei Betriebsräte sein sollen, die auf Grund ihres Mandates freigestellt wurden. Nun sage der dritte Schlosser, wenn die zwei anderen nichts täten, arbeite er auch nichts. Im Zusammenhang damit vertritt der Vizebürgermeister die persönliche Ansicht, es sei zu überlegen, ob man Recht daran tut, wenn man bestimmte Gruppen von städtischen Angestellten allzusehr von der Arbeit ausnimmt. Das Ansehen jedes Gewerkschaftlers könne nur zunehmen, wenn er auch selber den Beweis voller Pflichterfüllung erbringe, und es sei nur gut auch für sein Ansehen, wenn er mit dem besten Beispiel vorangehe. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen).

Es wäre völlig falsch, aus diesen Zufälligkeiten und kleinen Dingen abzuleiten, dass in den Anstalten weiss Gott was vorgeht. Es wurde im Gegenteil festgestellt, dass das gesamte Personal seine Pflicht unter schwierigen Umständen bestens erfüllt. Der Vizebürgermeister spricht damit im Zusammenhang sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Anstalten den Dank des Gemeinderates und damit der Stadt Wien aus. (Allgemeiner lebhafter Beifall).

Damit ist die Beratung der Gruppe V, Gesundheitswesen, beendet.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze dieser Gruppe einstimmig angenommen. Der Antrag Steinhardt, betreffend die Ernährung der Kranken, wird den zuständigen Ausschüssen, der Antrag Unger dem Vizebürgermeister Weinberger zur Beantwortung zugewiesen.

(Das Referat über die Geschäftsgruppe VI, Bauwesen, das Stadtrat Novy hielt, ist in der morgigen Vormittagsaussendung ~~der~~ "Rathaus-Korrespondenz" enthalten).

Städtische Bäder in dieser Woche  
=====

Die städtischen Dampf-, Wannen- und Brausebäder sind in der Weihnachtswoche Mittwoch, den 22. Dezember, von 13 bis 19 Uhr, Donnerstag, den 23. Dezember, von 7 bis 19 Uhr, Freitag, den 24. Dezember, von 7 bis 17 Uhr geöffnet. Samstag, den 25., und Sonntag, den 26., sind alle städtischen Bäder geschlossen.

Die Schwimmhallen des städtischen Amalien- und Jörgerbades sind von Mittwoch bis Freitag von 9 bis 19 Uhr in Betrieb. Wegen Schwierigkeiten in der Brennstoffversorgung muß jedoch der Betrieb der Schwimmhallen ab 25. Dezember während der Wintermonate eingestellt werden.

Entfallende Sprechstunde  
=====

Die Sprechstunde des Amtsführenden Stadtrates Flödl entfällt Mittwoch, den 22. Dezember.

Orangen für Erwachsene  
=====

Das Landesernährungsamt für Wien gibt bekannt:

Auf Abschnitt 279 des Gemüsebezugsausweises erhalten alle Verbraucher über 18 Jahre ein halbes Kilo Orangen nach Maßgabe der Anlieferung. Die Abschnitte 258 und 458 werden nur mehr bis Freitag, den 24. Dezember, eingelöst.